



Beschäftigte und Arbeitgeber fordern Finanzmittel von Bund und Land zur Krankenhausfinanzierung

Aderlass beim Personal

Mit Krankenhausbett und Krankenwagen vorweg, in grünen Operationskitteln und im weißen Pflegedress demonstrieren sie: Kolleginnen und Kollegen aus den Krankenhäusern schlugen Alarm. Schon seit Wochen in Bremen und zuletzt auch mit einer Großdemonstration in Berlin.

Das hat es in Bremen noch nicht gegeben: Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Betriebsräte der Krankenhäuser, der Marburger Bund, die Ärztekammer und die Krankenhausgesellschaft haben sich zusammengetan, um gemeinsam für die Krankenhäuser in Bremen einzutreten.

»Der Deckel muss weg!«

fordert das Aktionsbündnis. Denn die Krankenhäuser sind seit Jahren »chronisch« unterfinanziert, die stationäre Versorgung im Lande Bremen gefährdet. Selbst wirtschaftlich – noch – gut aufgestellte Häuser laufen Gefahr, in den nächsten Jahren in die Insolvenz zu gehen. Denn anders als bei vielen Wirtschaftsunternehmen können höhere Kosten nicht über höhere Preise abgedeckt werden. Die Krankenhaustarife sind gesetzlich reguliert, also »gedeckt«.

Energie- und auch Lohnkosten sind jedoch in den letzten fünf Jahren deutlich gestiegen. Und die von

der Regierung genehmigten Anpassungen waren minimal. Neben der Deckelung der laufenden Krankenhaus-Kosten durch den Bund gibt es aber auch noch einen lokalen Grund für die desolante Finanzsituation der Krankenhäuser. Denn für die investiven Kosten, also für Bau- und Umbaumaßnahmen sind die Länder zuständig. Hier und dort, auf jeden Fall im Land Bremen, sind die Säcke leer. Im kleinsten Bundesland – so das Aktionsbündnis – ist der Topf für Investitionen zu klein. Engpässe gibt es daher nicht nur im Klinikum Mitte. Zwar gibt es Bescheide auf beantragte Investivmittel. Doch ausgezahlt werden sie nicht. Das Rote Kreuz Krankenhaus klagt daher gegen das Land Bremen.

Die Krankenhäuser sind das Rückgrat der medizinischen Versorgung und eine wichtige Säule in der Daseinsvorsorge der Region mit rund zwei Millionen Einwohnern.

An 365 Tagen im Jahr

versorgen im Land Bremen insgesamt 14 öffentliche, freigemeinnützige und private Krankenhäuser allein stationär 200.000 Patientinnen und Patienten. Hinzu kommt ein qualifiziertes Angebot in Spezial- und Institutsambulanzen und beim ambulanten Operieren. Krankenhäuser leisten auch einen wesentlichen Beitrag zur ambulanten Notfallversorgung.

Die Krankenhäuser sind das Rückgrat der medizinischen Versorgung und eine

wichtige Säule in der Daseinsvorsorge der Region mit rund zwei Millionen Einwohnern. Zugleich sind sie einer der größten Arbeitgeber und sorgen für Ausbildung sowie die Fort- und Weiterbildung ihrer Mitarbeiter. Insgesamt 12.300 qualifizierte Fachkräfte sind zurzeit in den Krankenhäusern beschäftigt.

»Es ist 5 nach 12«, so Klaus-Dieter Wurche, Präsident der Ärztekammer Bremen auf einer Pressekonferenz: »Die stationäre medizinische Versorgung im Land Bremen ist gefährdet.«

Die Krise der Krankenhäuser hat viele Folgen: für die Beschäftigten, die Gesundheitswirtschaft und die Gesundheitsversorgung des Landes. Für alle Patientinnen und Patienten.

Personalabbau und Arbeitsverdichtung

Angesichts roter Zahlen mussten die Krankenhäuser reagieren und haben in erster Linie Personal abgebaut. So sank die Zahl der Beschäftigten in Bremen von über 14.000 auf 12.300. Natürlich wurden auch Arbeitsprozesse durchrationalisiert: Patienten sind heute im Schnitt nur noch halb so lang im Krankenhaus wie in den 90er Jahren. Zwar blieb, dank eines umfassenden Qualitätsmanagements, ein hohes technisches Niveau. Doch die Zeit für Patientengespräche fehlt – das beklagen beide Seiten.

»Das einzig »flexible« bei den Posten in der Krankenhausfinanzierung sind dabei die Personalkosten«, sagt Uwe Schmid, Gewerkschaftssekretär von ver.di und zuständig für die Krankenhäuser in Bremen. »Die Arbeit wurde immer mehr verdichtet.« Zudem wurden vor allem die Beschäftigten in den Labors, Küchen und der Reinigung in den letzten Jahren ausgegliedert. Gerade in diesen niedrigen Einkommensgruppen sind in den letzten Jahren Reallohnverluste zwischen 3 und 10 Prozent festzustellen. Auch Tarifsysteme werden ausgehöhlt.

Wie Hohn klingt es, wenn unter dem Stichwort »Arbeitsplätze erhalten« dann noch weitere Einschnitte von den Beschäftigten verlangt werden. In den letzten beiden Jahren hatten beispielsweise die Beschäftigten im St.-Joseph-Stift nicht das volle Weihnachtsgeld erhalten und die Altersvorsorgezahlungen wurden reduziert. Torsten Jarchow, Klinikleiter des St.-Joseph-Stiftes nachdrücklich: »Das darf nicht sein! Und das geht so nicht weiter.« Steigende Energiekosten, Kosten für neue, moderne medizinische Geräte – das darf auf Dauer nicht auf Kosten der Beschäftigten »finanziert« werden.

Weitere Personaleinsparungen sind nicht mehr zu verkräften. Bei Urlaub oder Krankheit ist manche Station unterbesetzt. Die Teufelsspirale der alltäglichen Überforderung betrifft alle Kolleginnen und Kollegen sowohl in den freigemeinnützigen wie in den kommunalen Krankenhäusern.

Bei der Arbeitsverdichtung durch Personalabbau bleiben gesundheitliche Aspekte auf der Strecke. Mehr Patienten, die schwer krank sind, häufig älter als vor Jahren und bei immer kürzeren Liegezeiten, können nur noch mit Leistungsabstrichen versorgt werden. Junge Beschäftigte haben befristete Verträge und man kann sich leicht von ihnen trennen. Das führt zu einer Alterszunahme insbesondere bei den Pflegekräften.

»Immer mehr Krankenschwestern und Pfleger reagieren mit »innerer Kündigung« oder sind »ausgebrannt«. Viele denken über individuelle Ausstiegsszenarien nach. Hier kommen Altersteilzeit und Frühverrentung ins Spiel, mit der Folge, dass die Kranken-

»Es ist 5 nach 12, ...

Die stationäre medizinische Versorgung im Land Bremen ist gefährdet.

häuser schon bald vor einem Fachkräftemangel stehen«, so Dr. Hubertus von Schwarzkopf, Arbeitsmediziner am Klinikum Mitte.

Spitzenmedizin zu Discounterpreisen?

Drastisch schildert Ärztekammerpräsident Wurche: »Die Beschäftigten werden ausgepresst wie eine Zitrone und die Kliniken werden wie

ein hungriges Rudel auf einen schlecht gefüllten Napf gehetzt«, beschreibt er die Situation in Bremen. Es geht nicht mehr um Rationalisierung, sondern um Rationierung. Und das trifft die Patientenversorgung: Wartelisten, Schieben ins nächste Quartal, weniger Zeit für den Einzelfall.

Einig sind sich daher Gewerkschaften und Arbeitgeber in ihrer Forderung an den Bund: Die steigenden Kosten müssen vom Bund voll gegenfinanziert werden. Der Deckel muss weg! Aber auch das Land Bremen muss seinen Verpflichtungen nachkommen.

»Die Situation darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten – und damit auf dem der Patienten – ausgetragen werden«, betont der Hauptgeschäftsführer der Arbeitnehmerkammer Bremen Dr. Hans Endl. »Gesundheitsversorgung ist Teil der Daseinsvorsorge. Krankenhausversorgung muss auf einem hohen Niveau sichergestellt werden. Und es darf auch nicht sein, dass private Krankenhausgesellschaften die lukrativen Teile herauspicken und die kostenintensiven Teile der öffentlichen Hand zufallen. Eine gute medizinische Versorgung liegt im Interesse aller Bürger.«

Carola Bury ■ Referentin für Gesundheitspolitik

